

# Der Wettkampf der Nationen - Eine falsche und gefährliche Idee

von

Heiner Flassbeck

FTD, September/Oktober 2001

Am 11. September sind nicht nur zwei Hochhäuser in New York nach einem schrecklichen Anschlag kollabiert, es ist auch ein Symbol für den freien Welthandel und die Globalisierung ausgelöscht worden. Das World Trade Center war mehr als irgendein anderes Gebäude dieser Welt der versteinerte Zeuge eines scheinbar jungen Kapitels der Weltgeschichte. Offene Märkte für Güter und Kapital, der radikale Abschied vom Wohlfahrtsstaat, die Privatisierung fast aller Lebensbereiche und die grenzenlose Chance des Individuums, das Leben erfolgreich in die eigenen Hände zu nehmen, waren die Verheißungen der neuen Religion. Auf die Spitze getrieben wurde sie von der Idee, Staaten sollten wie Unternehmen im Wettbewerb miteinander stehen, sie müßten um investitionsbereite Unternehmen mit immer niedrigeren Steuern und Sozialleistungen konkurrieren.

Mit der plötzlichen Erkenntnis, wie verwundbar dieses Modell ist und welche entscheidende Rolle der Staat bei menschlichen und wirtschaftlichen Katastrophen zu spielen hat, setzt weltweit eine Debatte darüber ein, ob das Rückschneiden des Staates nicht zu weit getrieben wurde. Sind Steuern vielleicht doch mehr als eine Zwangsabgabe, deren individuelle Vermeidung als Kavaliersdelikt behandelt und deren Ächtung von Lobbygruppen betrieben werden darf? Unmittelbar nach dem Anschlag jedenfalls hat sich das Bild geändert. Viele rufen nach dem Staat und sehen die Grenzen privaten Handelns. Wie Francis Fukuyama es (in der FT vom 15.9.) ausdrückte: "Microsoft oder Goldman Sachs senden keine Flugzeugträger an den Golf, um Osama bin Laden dingfest zu machen...".

Gibt es eine Rückbesinnung auf die notwendige Rolle des Staates in der modernen, äußerst verwundbaren Gesellschaft, gehört zuerst das Modell der konkurrierenden Staaten vom Tisch. Es war schon immer sehr fragwürdig, angesichts der Katastrophe aber wird es geradezu gefährlich. Die Implikationen dieser Idee für die Rolle des Staates und, was noch wichtiger ist, für das Zusammenleben der Nationen, sind desaströs. Die gedankliche Übertragung des Modells des Wettbewerbs zwischen Unternehmen auf Staaten verhindert genau das, was jetzt gefragt ist: Ein kooperativer und multilateraler Ansatz, der den schwächeren Nationen eine faire Chance zum Aufholen gibt.

Die Ökonomie des Wettkampfs der Nationen leidet zudem unter einem zentralen Mißverständnis. Unternehmen können sich sehr wohl zum Ziel setzen, ein anderes Unternehmen endgültig vom Markt zu verdrängen. Durch neue Produkte oder durch Kosten- und Preissenkung kann ein innovatives Unternehmen den Markt eines anderen erobern und dieses zum Aufgeben zwingen. Das wird für die Volkswirtschaft dadurch belohnt, daß neue Arbeitsplätze entstehen und das Realeinkommen steigt. Das Ergebnis der Übernahme ist in der Regel positiv.

Staaten aber können mit wirtschaftlichen Mitteln andere Staaten nicht verdrängen, ohne selbst herbe Verluste zu erleiden und die Menschen im unterlegenen Staat in Not und Verzweiflung zu stürzen. Wer im Wettbewerb der Nationen siegt, steht nämlich vor einem Dilemma. Erobern die Unternehmen eines Landes den Markt eines anderen, verlieren die Menschen dort

mit ihren Arbeitsplätzen zugleich die Möglichkeit, die Güter des obsiegenden Staates zu kaufen. Will dieser seinen Absatz nicht gefährden, muß er an die Einwohner des unterlegenen Staates Einkommenstransfers zum Bezahlen seiner Güter leisten. Damit hat er selbst nichts gewonnen, aber enorme Probleme geschaffen, wie man in Deutschland zwischen Ost und West beobachten konnte. Ist er hingegen nicht bereit, die nötigen Transfers zu leisten, verliert er seinen Absatzmarkt sofort wieder, hat aber gleichzeitig die Wirtschaft des unterlegenen Staates zerstört oder schwer geschädigt.

Das ist das Problem, das einige wenige kluge Ökonomen nach dem ersten Weltkrieg das "Transferproblem" nannten. Sie wiesen darauf hin, daß Deutschland seine Reparationen an die Siegermächte nicht würde bezahlen könne, ohne die Siegermächte selbst ökonomisch zu schädigen oder im Elend zu versinken - mit unübersehbaren politischen Folgen. Niemand hörte auf sie und die internationale Politik trieb Deutschland in die Arme des politischen Extremismus. Wenn sich heute gar die reichen Staaten den Wettkampf der Nationen auf die Fahne schreiben, können die ärmeren nur in Marginalisierung, Elend und Abhängigkeit enden. Wird der internationale Handel zur Einbahnstraße und die Abhängigkeit der Unterlegenen so evident, ist Terrorismus keineswegs die notwendige Folge. Die Ideologen des schwachen Staates oder gar eines Wettbewerbs zwischen den Staaten müssen sich aber fragen lassen, ob nicht auch die Kluft zwischen arm und reich, zwischen Macht und Ohnmacht so viele Menschen in die Arme von radikalen Heilslehren und manche in den Haß treibt.